

Kurzprotokoll der Junisession 2004

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 14. und dem 15. Juni, und am Montag und Dienstag, dem 21. und dem 22. Juni 2004, fand unter dem Vorsitz von Hans Lustenberger, Adligenswil, eine Session des Grossen Rates statt. Am Dienstagnachmittag, dem 15. Juni 2004, fanden die Fraktionsausflüge statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung der Massnahmen für gesunde Staatsfinanzen und den Schuldenabbau (Sparpaket 2005) sowie die 1. Beratung über die Teilrevision des Steuergesetzes. Weiter genehmigte der Grosse Rat mit Dekreten den Beitritt zur geänderten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen, einen Sonderkredit für den Kauf der Liegenschaft der Schule Baldegg für die Kantonale Mittelschule Seetal sowie einen Sonderkredit für den Neubau des Instituts für Medizinische Mikrobiologie am Kantonsspital Luzern. Eine Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV lehnte der Rat hingegen ab. Ferner genehmigte der Grosse Rat die Staatsrechnung 2003. Mit Grossratsbeschlüssen beschloss er weiter eine Standesinitiative zur Anpassung der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene betreffend Einbürgerung, die Verlängerung der Frist zur Behandlung der Volksinitiative zur Stärkung der Familie „Ja zur Familie“ sowie die Vereinigung der Friedensrichterkreise Beromünster-Schwarzenbach und Gunzwil sowie der Friedensrichterkreise Ermensee, Hämikon-Müswangen und Hitzkirch Altwis zu je einem Friedensrichterkreis. Die Volksinitiativen „Für einheitliche Einbürgerungsverfahren“ und „Für überprüfbare Einbürgerungen“ lehnte der Grosse Rat ab, und auf den Entwurf einer Änderung des Bürgerrechtsgesetzes (als Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für einheitliche Einbürgerungsverfahren“) trat er nicht ein.

Der Rat vereidigte ein neues Mitglied, wählte ein neues Mitglied in eine ständige Kommission, genehmigte eine Wahl und behandelte zwei Petitionen und 42 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von drei Petitionen und von 42 parlamentarischen Vorstössen. Die für acht Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für vier beschlossen und durchgeführt, für einen abgelehnt. Drei Urheber verzichteten nachträglich auf die Dringlichkeit ihrer Vorstösse. Vier Motionen und zwei Postulate wurden zurückgezogen.

Von den 103 traktandierten Geschäften konnten 13 nicht behandelt werden.

Rechtsetzung

Interkantonale Vereinbarung öffentliches Beschaffungswesen. Der Entwurf eines Dekrets über den Beitritt zur geänderten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche

Beschaffungswesen vom 15. März 2001 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 10. Februar 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 10 vom 6. März 2004, S. 654) wurde behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und mit 106 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit der Änderung der bisherigen Interkantonalen Vereinbarung vom 25. November 1994, welcher alle Kantone beigetreten sind, werden die Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens umgesetzt. Dieses bilaterale Abkommen regelt die gegenseitige Öffnung der Beschaffungsmärkte in jenen Bereichen, die vom GATT/WTO-Übereinkommen noch nicht erfasst sind. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 19. Juni 2004, S. 1628) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 18. August 2004.

Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: Erhöhung der anrechenbaren Heimtaxen. Die Entwürfe einer Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und eines Grossratsbeschlusses über einen Nachtragskredit für die Deckung der entstehenden Mehrkosten gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. September 2003 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 25. Oktober 2003, S. 2638) wurden in 2. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und mit 66 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Mit der Gesetzesänderung hätten bei der Berechnung von Ergänzungsleistungen die anrechenbaren Heimtaxen für Versicherte ohne besonderen Pflegebedarf ab dem Jahr 2005 erhöht werden sollen. Dadurch wäre eine bessere Deckung der Heimtaxen gewährleistet gewesen. Der Grosse Rat lehnte die Änderung, welche Kosten von rund 13,1 Millionen Franken verursacht hätte, im Zusammenhang mit der Beratung des Sparpakets 2005 ab.

Teilrevision Steuergesetz. Der Entwurf einer Änderung des Steuergesetzes (Teilrevision 2005) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. April 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 19 vom 8. Mai 2004, S. 1270) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission betreffend die Erhöhung der Kinderabzüge um insgesamt 700 Franken gutgeheissen. Es sind die folgenden Änderungen in der Steuergesetzgebung vorgesehen: Entlastung der unteren Einkommen; Senkung der Kapitalsteuer für Gesellschaften sowie für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften; Beseitigung der wirtschaftlichen Doppelbelastung; Anpassung des Steuergesetzes, des Handänderungsgesetzes und des Grundstückgewinnsteuergesetzes an die neuen Bestimmungen des eidgenössischen Fusionsgesetzes; Erhöhung der Freigrenzen für die fakultative Nachkommen-erbschaftssteuer der Gemeinden; Ermächtigung zum zentralen Steuerbezug bei den juristischen Personen sowie Verzicht auf die nachträgliche Vermögenssteuer für landwirtschaftliche Liegenschaften. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Volksinitiativen zur Einbürgerung. Die Entwürfe eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative „Für einheitliche Einbürgerungsverfahren“ und eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative „Für überprüfbare Einbürgerungen“ sowie einer Änderung des Bürgerrechtsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 10. Februar 2004 (siehe

Luzerner Kantonsblatt Nr. 11 vom 13. März 2004, S. 725) wurden behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern). Beide Initiativen wurden abgelehnt. Auf den Entwurf einer Änderung des Bürgerrechtsgesetzes als Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für einheitliche Einbürgerungsverfahren“ trat der Grosse Rat nicht ein. Diese Initiative verlangt, dass in der Gemeinde grundsätzlich eine Bürgerrechtskommission für die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an ausländische und schweizerische Staatsangehörige zuständig ist, und lässt den Gemeinden nur die Möglichkeit, diese Kompetenz an den Gemeinde- oder den Bürgerrat zu übertragen. Mit der Initiative für überprüfbare Einbürgerungen sollen ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung sowie die Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen ablehnende Entscheide eingeführt werden. Die Initiativen unterliegen der Volksabstimmung.

Standesinitiative betreffend Einbürgerung. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über eine Standesinitiative zur Anpassung der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene betreffend Einbürgerung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Januar 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 8 vom 21. Februar 2004, S. 521) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Die vom Grossen Rat geforderte Standesinitiative verlangt, dass der eidgenössische Gesetzgeber nach den beiden Bundesgerichtsurteilen zur ordentlichen Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern die Rechtslage klärt und dieses Thema nicht der Justiz überlässt.

Vereinigung Friedensrichterkreise. Die Entwürfe von Grossratsbeschlüssen über die Vereinigung der Friedensrichterkreise Beromünster-Schwarzenbach und Gunzwil sowie der Friedensrichterkreise Ermensee, Hämikon-Müswangen und Hitzkirch-Altwis zu je einem Friedensrichterkreis gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. April 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 18 vom 1. Mai 2004, S. 1138) wurden behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Margrit Steinhauser, Luzern) und gutgeheissen. Die Gemeinden Beromünster und Schwarzenbach vereinigen sich auf den 1. September 2004 und arbeiten in verschiedenen Bereichen mit Gunzwil zusammen. Auch die Gemeinden der drei Friedensrichterkreise Ermensee, Hämikon-Müswangen und Hitzkirch-Altwis stehen in engem Kontakt. Die Vereinigung von Friedensrichterkreisen steht dem Grossen Rat zu.

Fristverlängerung Volksinitiative „Ja zur Familie“. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Verlängerung der Frist zur Behandlung der Volksinitiative zur Stärkung der Familie „Ja zur Familie“ gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. April 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 18 vom 1. Mai 2004, S. 1139) wurde behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und gutgeheissen. Damit wird die Frist zur Behandlung der Volksinitiative bis Ende Juni 2005 verlängert. Da das von den Initiantinnen und Initianten verfolgte Anliegen auch Gegenstand der Totalrevision der Staatsverfassung ist, erschien es dem Rat sinnvoll, die inhaltliche Behandlung der Initiative mit jener der neuen Verfassung zu koordinieren.

Finanz- und Investitionsvorlagen

Sparpaket 2005. Die Massnahmen für gesunde Staatsfinanzen und den Schuldenabbau (Sparpaket 2005) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. März 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 11 vom 13. März 2004, S. 726) wurden in 2. Beratung behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Guido Müller, Honau) und mit Ausnahme der Änderung des Gesetzes über das Arbeitsgericht (Abschaffung der unentgeltlichen Rechtsauskunft) gutgeheissen. Die Gesetzesänderungen und Massnahmen bewirken eine Verbesserung des Finanzhaushaltes von insgesamt rund 90 Millionen Franken. Die Sparmassnahmen erstrecken sich auf die ganze kantonale Verwaltung, inklusive Schulen und Spitäler, sowie auf die Gerichte. Es handelt sich um Rationalisierungsmassnahmen und um den Abbau von Leistungen des Staates. Über ein Drittel der Einsparungen wird über den Verzicht auf Lohnerhöhungen (Nullrunde) und über Stellenabbau erreicht. Die Investitionen sind von den Sparmassnahmen nur am Rand betroffen. Die Gesetzesänderungen (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 19. Juni 2004, S. 1642 ff.) unterliegen dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 18. August 2004.

Schule Baldegg und Kantonsschule Hochdorf. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den Kauf der Liegenschaft der Schule Baldegg für die Kantonale Mittelschule Seetal und den Verkauf der Liegenschaft (Miteigentumsanteil) der Kantonsschule Hochdorf gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 23. März 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 16 vom 17. April 2004, S. 1037) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Josef Fischer, Triengen) und mit 99 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Der Kauf der Schule Baldegg bedingt eine umfassende Regelung des Verhältnisses zwischen dem Kanton Luzern und dem Kloster Baldegg (Verein Institut Baldegg). Der Kauf der Schulanlagen von Baldegg und der gleichzeitige Verkauf der Schulanlagen in Hochdorf bilden die Voraussetzung für die angestrebte Mittelschuloptimierung Seetal. Mit dem Dekret bewilligte der Rat einen Kredit von Fr. 12 912 993.25, netto wird das Geschäft den Kanton jedoch lediglich Fr. 2 162 993.25 kosten. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 19. Juni 2004, S. 1656) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 18. August 2004.

Institut für Medizinische Mikrobiologie. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den Neubau des Instituts für Medizinische Mikrobiologie am Kantonsspital Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 30. März 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 18 vom 1. Mai 2004, S. 1137) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Josef Fischer, Triengen) und mit 81 gegen 22 Stimmen gutgeheissen. Das Institut für Medizinische Mikrobiologie (IMM) ist als Zentralschweizer Kompetenzzentrum im Bereich Mikrobiologie und Hygiene seit rund dreissig Jahren in zwei Pavillonbauten des Kantonsspitals Luzern untergebracht. Der Hauptpavillon muss wegen des schlechten Bauzustandes und der mangelnden Sicherheit ersetzt werden. Der Neubau des IMM wird am heutigen Standort an der Spitalstrasse 47 realisiert. Mit den Bauarbeiten soll im Frühjahr 2005 begonnen werden. Das Dekret über einen Kredit in der Höhe von 5 475 000 Franken (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 26 vom 26. Juni 2004, S. 1739) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 25. August 2004.

Rechenschafts- und Planungsbericht

Staatsrechnung, Jahresbericht und Staatsbeitragsbericht 2003. Die Staatsrechnung 2003 des Kantons Luzern gemäss Bericht des Regierungsrates vom 30. März 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 18 vom 1. Mai 2004, S. 1137) wurde behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Guido Müller, Honau) und zusammen mit dem Jahresbericht über die Staatsverwaltung genehmigt. Der Jahresbericht umfasst den Bericht des Regierungsrates zum Regierungsprogramm, die Jahresberichte der Departemente und Dienststellen, den Staatsbeitragsbericht sowie die Stellungnahmen und Anträge zu den hängigen Motionen und Postulaten. Die Staatsrechnung 2003 des Kantons Luzern schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 3,9 Millionen Franken ab, vorgesehen war ein Aufwandüberschuss von 0,6 Millionen Franken. Der in die Staatsrechnung integrierte Staatsbeitragsbericht 2003 wurde ebenfalls genehmigt beziehungsweise in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen, soweit es sich um einen Planungsbericht handelt.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von

- Bernhard Blöchlinger, Adligenswil, per Ende Juni 2004,
- Paula Giger, Luzern, per Mitte Juni 2004,
- Helene Meyer, Kriens, per Ende August 2004.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Paula Giger, Luzern, trat Sibylle Lehmann, Luzern, neu in den Grossen Rat ein.

Wahlen

Grosser Rat. Der Rat wählte in die *Planungs- und Finanzkommission* an die Stelle von Paula Giger, Luzern, neu Sibylle Lehmann, Luzern.

Finanzkontrolle. Der Grosse Rat genehmigte die Wiederwahl des Leiters der Finanzkontrolle, Beat Haefliger.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 127 von Roland Vonarburg, Schötz, über die Anpassung der Leistungsaufträge bis Ende 2007,
- M 140 von Thomas Mathis, Weggis, über einen Planungsbericht zur Entwicklung der Landwirtschaft im Kanton Luzern,
- M 17 von Guido Graf, Pfaffnau, über die Änderung der Vergabekriterien von § 5 des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen.

Teilweise erheblich erklärt wurde die Motion M 7 von Martin Müller namens der SVP-Fraktion über die Änderung von § 23 des Grundbuchgesetzes.

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 192 von Giorgio Pardini, Luzern, über ein Rahmengesetz über das Sparpaket 2005 und Leistungskürzungen in der Verwaltung,
- M 193 von Felicitas Zopfi, Luzern, über die Anpassung der finanzpolitischen Grundsätze,
- M 212 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Beibehaltung von § 24 Absatz 3 des Energiegesetzes,
- M 182 von Louis Schelbert namens der GB-Fraktion über die Verschiebung der Unternehmenssteuerreform,
- M 187 von Patrick Graf namens der GB-Fraktion über die Heimfinanzierung (Massnahme GSD1),
- M 205 von Urs Thumm, Emmen, über die geplante Streichung von § 43a des Gesundheitsgesetzes (Hebammenwartgeld).

Zurückgezogen wurden die Motionen

- M 219 von Guido Graf, Pfaffnau, über Einsparungen anstelle der Streichung von Wochenstunden auf verschiedenen Schulstufen,
- M 233 von Hans Aregger, Buttisholz, über einen attraktiven, kundenfreundlichen Kanton Luzern (Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes),
- M 235 von Christoph Lengwiler, Kriens, über eine Erhöhung der Kinderabzüge,
- M 236 von Konrad Graber, Kriens, über eine Erhöhung des Kinderbetreuungsabzuges.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Michael Egli, Beromünster, über die Belohnung von Firmen mit Lehrstellen bei öffentlichen Submissionen (als Motion M 49 eingereicht),
- P 71 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Aufhebung der Funktion des Sektionschefs,
- P 36 von Karl M. Ronner, Triengen, über ein Informationsmedium als Prävention für gesunde Ernährung,
- P 93 von Patrick Meier, Root, über das Gesetz über die Schulzahnpflege,

- P 672 Bruno Stalder, Schüpfheim, über die Stärkung der regionalen Gymnasialangebote,
- von Gaby Müller namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (BKD19 und 22) (als Motion M 175 eingereicht),
- P 166 von Konrad Graber, Kriens, über wirksame Energieförderung im Kanton Luzern,
- P 240 von Leo Müller, Ruswil, über die Rechtsauskunft beim Arbeitsgericht und Sparmassnahmen beim Grundbuchinspektorat (dringliche Behandlung).

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 92 von Felicitas Zopfi, Luzern, über die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit im Kanton Luzern,
- P 504 von Rosa Rumi, Alberswil, über die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle,
- P 186 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über die Weiterführung der Energie- und Klimapolitik.

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 180 von Louis Schelbert namens der GB-Fraktion über eine generelle Überprüfung des Leistungsauftrags anstelle von blindem Personalabbau (SK4, BKD3, 6, 11, FD1, 2, 6, 7, JSD3, 10, GSD11 und allfällige weitere Personalabbaumassnahmen),
- P 179 von Louis Schelbert namens der GB-Fraktion über die Ablehnung von Lohnkürzungen (GV2 und GV7),
- P 168 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen GV4,
- P 221 von Peter Lerch namens der GB-Fraktion über den Verzicht auf die Kürzung der Globalbudgets um 1 Prozent (GV6),
- P 183 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über eine undifferenzierte Kürzung verschiedener Staatsbeiträge im Bereich Landwirtschaft und Wald,
- P 184 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über die Umsetzung des Beratungsauftrags nach dem Waldgesetz,
- P 218 von Josef Schmidiger, Rain, über einen angemessenen Mitteleinsatz und über eine gestaffelte Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Weiterbildung, Projektbegleitungen und Beratungsaktivitäten,
- P 169 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen BUWD6,
- P 214 von Odilo Abgottspon, Luzern, über den Verzicht auf die Kürzung der Beiträge an die Seesanierungen,
- P 213 von Heinz Dätwyler, Kriens, über den Verzicht auf die Gesetzesänderung von § 31 des Gesetzes über den öffentlichen und den schienengebundenen Güterverkehr,
- P 188 von Patrick Graf namens der GB-Fraktion über die Beibehaltung der Kantonsbeiträge an die Musikschulen (Massnahmen BKD1),
- P 201 von Felicitas Zopfi, Luzern, über den Verzicht auf die Streichung des Staatsbeitrags an die Musikschulen der Gemeinden,
- P 216 von Thomas Willi, Emmen, über die beabsichtigte Aufhebung der Staatsbeiträge an die Musikschulen der Gemeinden,
- P 196 von Trix Dettling, Buchrain, über den Verzicht auf die Kürzung der Staatsbeiträge an die Bibliotheken,
- P 220 von Peter Lerch namens der GB-Fraktion über den Verzicht auf die Kürzung der Staatsbeiträge an Bibliotheken (BKD2),

- P 195 von Trix Dettling, Buchrain, über den Verzicht auf die Verschiebung der Auszahlung von Investitionsbeiträgen an Schulhausbauten,
- P 170 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen BKD7,
- P 171 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen BKD8,
- P 178 von Gaby Müller namens der GB-Fraktion über den Verzicht einer Reduktion der Wochenstunden an den kantonalen Gymnasien (BKD14),
- P 197 von Trix Dettling, Buchrain, über den Verzicht auf die Reduktion um eine Wochenstunde Hauswirtschaftsunterricht an der Sekundarstufe I,
- P 199 von Felicitas Zopfi, Luzern, über den Verzicht auf die Reduktion um eine Wochenstunde bei den 3. und 4. Primarklassen sowie an den Mittelschulen,
- P 202 von Trix Dettling, Buchrain, über den Verzicht auf die Reduktion um eine Wochenstunde Technisches Gestalten in den 3. und 4. Primarklassen,
- P 228 von Anton Kunz, Grosswangen, über den Abbau des Hauswirtschaftsunterrichts im Sparpaket,
- P 172 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen BKD10,
- P 194 von Trix Dettling, Buchrain, über den Verzicht auf die Erhöhung der Elternbeiträge an die heilpädagogischen Zentren,
- P 173 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen BKD12,
- P 174 von Paula Giger namens der GB-Fraktion über die vorgesehenen Sparmassnahmen BKD15,
- P 181 von Louis Schelbert namens der GB-Fraktion über die Konsolidierung und Stärkung der Weiterbildung (BKD17),
- P 185 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über einen drohenden Leistungsabbau an der Fachschule für Gestaltung und Kunst und der Fachschule für Tourismus,
- P 203 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Kostenkontrolle bei den tertiären Bildungsangeboten im Kanton Luzern,
- P 200 von Trix Dettling, Buchrain, über den Verzicht auf die Einsparungen beim Natur-Museum und beim Historischen Museum,
- P 222 von Peter Lerch namens der GB-Fraktion über den Verzicht auf die Kostenreduktion bei der Steuerverwaltung (FD10),
- P 207 von Pascal Ludin, Adligenswil, über die Sparvorgabe der Heimfinanzierung,
- P 189 von Patrick Graf namens der GB-Fraktion über die Prämienverbilligung (Massnahme GSD2),
- P 209 von Urs Thumm, Emmen, über das Einfrieren des Kantons- und Gemeindebeitrags für die Prämienverbilligung auf dem Stand von 2005,
- P 177 von Gaby Müller namens der GB-Fraktion über die Ablehnung der Kürzung bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe (GSD5),
- P 208 von Ruth Dahinden, Sursee, über den Verzicht auf die Senkung des Grundbedarfs I und II um je 5 Prozent der wirtschaftlichen Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien),
- P 190 von Patrick Graf namens der GB-Fraktion über die geplante Weiterführung des Stellenstopps an den kantonalen Spitälern (Massnahmen GSD6, 8, 9 und 10),
- P 206 von Pascal Ludin, Adligenswil, über die Aufhebung des Stellenstopps an allen Spitälern und Kliniken des Kantons Luzern als Massnahme zur Kosteneinsparung,
- P 191 von Margrit Steinhauser, Luzern, über die Erhaltung der Rechtsauskunft bei den Gerichten sowie der Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht,

- P 176 von Gaby Müller namens der GB-Fraktion über den Verzicht auf Personalabbau am Obergericht und am Verwaltungsgericht (OG3 und VG),
- P 154 von Adrian Borgula, Luzern, über die Überarbeitung des Agglomerationsprogramms,
- P 243 von Ruth Keller namens der EBKK über einen umgehenden Verzicht auf die Aufhebung von Lehrstellen, Praktikums- und Ausbildungsplätzen aufgrund von Massnahmen im Zusammenhang mit dem Sparpaket 2005 (dringliche Behandlung),
- P 245 von Peter Schilliger, Udligenswil, über den Verzicht auf den Leistungsausbau an der Volksschule ab Schuljahr 2005 (keine Erweiterung Schulleitungspool und keine Erweiterung Lektionenzahl an der Primarschulstufe) (dringliche Behandlung).

Zurückgezogen wurden die Postulate

- P 117 von Guido Müller namens der SVP-Fraktion über mögliche Vorgaben des Amtes für Gemeinden bezüglich der Vorgehensweise bei abgelehnten Einbürgerungsgesuchen,
- P 242 von Erwin Arnold, Buchrain, über die Kürzung der wirtschaftlichen Sozialhilfe im Rahmen des Sparpakets 2005 (als dringlich eingereicht).

Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 103 von Anton Kunz, Grosswangen, über die Sanierung der Luzerner Pensionskasse,
- A 198 von Trix Dettling, Buchrain, über den Anteil des Staatspersonals an den Sparpaketen des Kantons Luzern seit 1992 und die daraus entstehenden Risiken,
- A 215 von Erna Müller, Rickenbach, über die Sparmassnahme BKD15 (Unterstützung der Studentenheime streichen),
- A 204 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Situation des Stipendienwesens im Kanton Luzern,
- A 211 von Odilo Abgottspon, Luzern, über das Masterstudium an der Technischen Fachhochschule Zentralschweiz,
- A 210 von Heinz Dätwyler, Kriens, über den Leistungsabbau bei den Fahrzeugprüfungen,
- A 91 von Urs Dickerhof, Emmen, über die Haltung der Regierung zum von der Gemeinde Emmen eingeholten Rechtsgutachten betreffend Einbürgerungsverfahren,
- A 30 von Louis Schelbert, Luzern, über die Zusammenarbeit in der Paritätischen Kommission,
- A 148 von Heidi Lang, Ermensee, über die Abwanderung guter Steuerzahler als eine der Ursachen für das Rechnungsdefizit,
- A 70 von Gerhard Klein, Wauwil, über Krankentransporte innerhalb des Kantonalen Spitals Sursee-Wolhusen,
- A 94 von Jeannette Chrétien, Baldegg, über das Projekt Schulsozialarbeit in der Volksschule,
- A 124 von Franz Koch, Romoos, über die Mithilfe des Kantons Luzern bei der Umsetzung der regionalpolitischen Massnahmen des Bundes in den Berg- und Randregionen,
- A 96 von Hanspeter Bucher, Römerswil, über die ausserkantonale Einlösung von Anhängern und Auflegern der Kategorie E.